

4. Europawahlen im Zeichen populistischer Herausforderungen. Die Entwicklung der Parteiensysteme in der Europäischen Union

FRANK DECKER

Im Vorfeld der letzten Europawahlen (2014) war allenthalben von einem Erdbeben die Rede, das der EU durch den erwarteten Stimmenzuwachs euroskeptischer Parteien am linken und insbesondere rechten Rand des politischen Spektrums drohe. Dieser Stimmenzuwachs trat tatsächlich ein, allerdings in geringerem Umfang als vorausgesagt. Die Gewinne der Rechtsaußenparteien gingen im Wesentlichen auf das Konto von vier Ländern: Frankreich (mit dem 2018 in »Rassemblement National« umbenannten »Front National«), Großbritannien (mit der »United Kingdom Independence Party«), Dänemark (mit der »Dänischen Volkspartei«) und Deutschland (mit der »Alternative für Deutschland«). Mit gut 110 Abgeordneten (entsprechend einem Anteil von etwa 16 Prozent) konnten die Rechtspopulisten ihre Präsenz im Europäischen Parlament zwar einerseits deutlich ausbauen. Andererseits entsprach dem jedoch kein vergleichbares politisches Gewicht, da sich die Abgeordneten auf drei nebeneinander agierende Fraktionen verteilten: die EKR – Europäische Konservative und Reformen –, der sich die Vertreter der Dänischen Volkspartei, der (Wahren) Finnen und der AfD anschlossen, die EFDD – Europa der Freiheit und der direkten Demokratie –, die die Vertreter von UKIP, der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung und der Schwedendemokraten in ihren Reihen aufnahm (die Letzteren wechselten später zur EKR), und die ENF – Europa der Nationen und der Freiheit –, in der sich der »harte Kern« des (west)europäischen Rechtspopulismus versammelte (Vlaams Belang, Front National, Lega Nord, PVV und FPÖ). Mit Ausnahme von Geert Wilders' Freiheitspartei in den Niederlanden waren die zuletzt genannten Parteien bereits in den 1980er Jahren entstanden beziehungsweise neu formiert worden und hatten sich seither in ihren Ländern als dauerhafte Bestandteile der nationalen Parteiensysteme festgesetzt.

Jenseits der beträchtlichen Unterschiede, die zwischen den erwähnten Vertretern bestehen, bilden euroskeptische und -kritische Positionen einen gemeinsamen Nenner der rechtspopulistischen Parteienfamilie, der diese zugleich mit den Angehörigen anderer Parteienfamilien verbindet. Versteht man unter Euroskeptizismus eine Haltung, die die weitere Vertiefung der Europäischen Integration ablehnt und den erreichten Integrationsstand durch eine Rückgabe von Zuständigkeiten an die nationalen Mitgliedstaaten zurückdrehen möchte, so wird diese Position von Teilen der populistischen und/oder radikalen Linken und von Tei-

Das EU-Parlament Abgeordnete nach Fraktionen

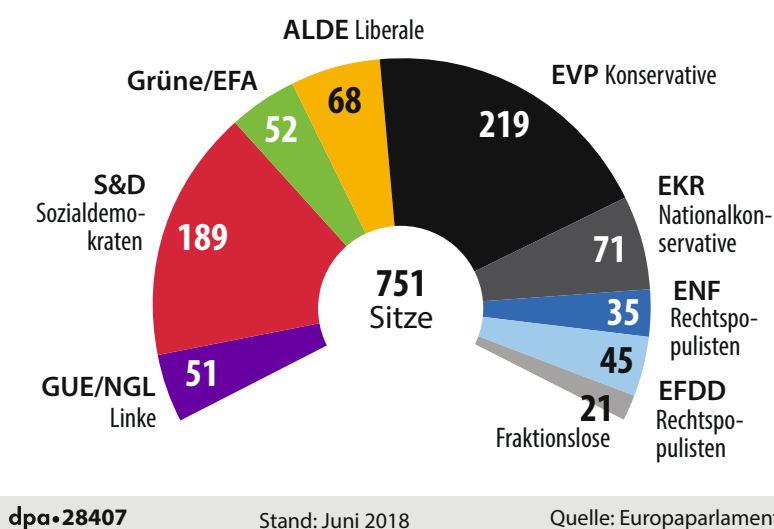


Abb. 1 »Fraktionen des Europäischen Parlaments nach der EP-Wahl 2015, Stand Juni 2018

© dpa / picture alliance

len des konservativen Lagers geteilt. Zu den letztgenannten gehörten von jeher die britischen Tories, die im Europäischen Parlament deshalb außerhalb der christdemokratischen EVP mit der späteren EKR eine eigene Fraktion bildeten. Daneben wird das Lager der nationalkonservativen Euroskeptiker vor allem von Parteien aus den mittelosteuropäischen Ländern angeführt. Seine wichtigsten Exponenten sind die polnische PIS (»Recht und Gerechtigkeit«), deren Abgeordnete 2009 zur EKR dazu stießen, und die ungarische Fidesz, die zum Unwillen vieler ihrer Schwesterparteien bis heute der pro-europäischen EVP-Fraktion angehört. Rechnet man all diese Gruppen zusammen, so belief sich der Anteil der Euroskeptiker unter den EU-Abgeordneten in der zu Ende gehenden Wahlperiode auf etwa 30 Prozent.

Im nächsten EP könnte sich deren Gewicht weiter erhöhen, weshalb die pro-europäisch aufgestellten Parteien die Wahl bereits jetzt zu einer grundlegenden Richtungsentscheidung für oder gegen das gemeinsame Europa ausrufen. Insbesondere den Rechtspopulisten wird ein nochmaliger Stimmenzuwachs vorausgesagt, der an die Erfolgsserie anknüpfen würde, die die meisten ihrer Vertreter bei den seit 2014 auf nationaler Ebene stattgefundenen Wahlen hingelegt haben. 2014 hatte es durchaus die Hoffnung gegeben, dass die im Zuge der Finanz- und Eurokrise aufge-

brochenen Konflikte innerhalb der EU eingedämmt und die Kritiker damit zurückgedrängt werden könnten. Dies sollte sich jedoch nicht bewahrheiten, im Gegenteil: Durch mehrere – konkret: vier – miteinander verbundene Entwicklungen spitzte sich die Krise so dramatisch zu, dass zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Möglichkeit eines Auseinanderfallens der EU zumindest im Raum stand und offen diskutiert wurde.

■ Die europäische »Polykrise«

(1) 2015 stand die Mitgliedschaft Griechenlands in der Währungsunion auf Messers Schneide. Nachdem die im Januar 2015 aus den Parlamentswahlen siegreich hervorgegangene linkspopulistische »Syriza« die Verhandlungen mit der EU über ein zweites Hilfspaket abgebrochen und die Bevölkerung dies in einem vom neuen Regierungschef Alexis Tsipras angesetzten Referendum mit deutlicher Mehrheit unterstützt hatte, konnte ein Ausscheiden des Landes aus dem Euro nur vermieden werden, weil Tsipras anschließend eine 180-Grad-Wende vollzog und der Vereinbarung über ein weiteres Hilfsprogramm zustimmte. Dieses bestand in einer Fortführung und -entwicklung der bereits zuvor beschlossenen Sparmaßnahmen, die Lohnempfänger und Bezieher staatlicher Leistungen hart trafen und von den Menschen als demütigendes Oktroi empfunden wurden. In den vermeintlichen Geberländern mehrten sich unterdessen die öffentlichen Forderungen nach einem »Grexit« – unbeschadet der Tatsache, dass die neuen Kredite auch in deren eigenem Interesse lagen, indem sie die einheimischen Banken vor Zahlungsausfällen bewahrten.

(2) Kaum war die Einigung mit Griechenland erzielt, wurde die Solidarität unter den EU-Staaten durch einen rapiden Anstieg der infolge der Bürgerkriege im Nahen Osten und der schwierigen Lebenssituation in Teilen Afrikas nach Europa strömenden Flüchtlinge auf eine bis dahin nicht gekannte Weise herausgefordert. Nachdem sich die Flüchtlingszahlen 2015 und 2016 gegenüber 2014 auf jeweils 1,3 Millionen verdoppelt hatten, brach das Dublin-System der EU, das den Ankunftsstaaten im Süden die Verantwortung für die Registrierung der Asylbewerber zuweist, faktisch zusammen. Die Entscheidung der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel, durch ein Offenhalten der Grenze zu Österreich die Einreise von fast einer Million Menschen nach Deutschland innerhalb weniger Monate zu ermöglichen, verschärfte die Konflikte innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten massiv. Sie wurde insbesondere von den Anrainern der Balkan-Route und den mittelosteuropäischen Ländern als angebliche »Einladung« an die Flüchtlinge kritisiert. Dem von EU-Kommission und Ministerrat beschlossenen Schlüssel für die Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten verweigern sich die MOE-Staaten bis heute beharrlich. Gleichzeitig forcierten die Kritiker die Schließung der Balkan-Route im Oktober 2015 gegen den Willen der deutschen Kanzlerin, die ihre Hoffnungen stattdessen auf ein Rücknahmeabkommen mit der Türkei setzte. Durch die Kombination beider Maßnahmen sind die Flüchtlingszahlen seit 2017 deutlich zurückgegangen. Die grundsätzlichen Fragen – wieviele Flüchtlinge aufgenommen und wie diese auf die einzelnen Länder verteilt werden sollen – bleiben aber zwischen den Partnern in der EU weiter ungelöst.

(3) Im Juni 2016 stimmten knapp 52 Prozent der Briten in einer Volksabstimmung für den Austritt ihres Landes aus der EU. Mit der Anberaumung des Referendums löste der konservative Premi-

Abb. 2 Rechtspopulisten im Europäischen Parlament (Stand: September 2018)

Land	EKR	EFDD	ENF
Belgien			Vlaams Belang (1)
Bulgarien	IMRO (1) Bulgarien neu laden (1)		
Dänemark	Dänische Volkspartei (3)		
Deutschland	LKR (5)	AfD (1)	Die blaue Partei (1)
Finnland			
Frankreich		Rassemblement National (2) RBM (1)	
Großbritannien		UKIP (19)	
Italien		Fünf-Sterne-Bewegung (14)	Lega (6)
Kroatien	HKS (1)		
Lettland	LNNK (1)		
Litauen			
Niederlande			
Österreich			
Polen	PIS (14)		Kongress der neuen Rechten (2)
Schweden	Schwedendemokraten (2)		

Nicht berücksichtigt sind Parteien, die als populistisch gelten können, im EP aber anderen Fraktionen angehören, sowie die fraktionslosen Abgeordneten.

erminister David Cameron ein Wahlversprechen ein – seine Hoffnung war, dass mit dem von ihm erbetteten Ja der Konflikt in der Konservativen Partei über die Zugehörigkeit des Landes zur EU befriedet oder wenigstens zurückgedrängt werden könnte. Um seine Siegchancen zu verbessern, hatte der Premier im Vorfeld gegenüber Brüssel auf bessere Konditionen für die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens gedrungen, in den Verhandlungen aber nur wenig erreicht. Wenn es zum »Brexite« kommt, wird es das erste Mal sein, dass ein Mitgliedstaat die Union verlässt – eine Möglichkeit, die Artikel 50 des EU-Vertrages ausdrücklich vorsieht. Der im selben Artikel geregelte, sich über zwei Jahre erstreckende Austrittsprozess wurde von Camerons Nachfolgerin Theresa May im März 2017 in Gang gesetzt. Er mündete nach schwierigen Verhandlungen Ende 2018 in ein Abkommen, das im britischen Parlament freilich durchfiel, weil ihm auch große Teile von Mays eigener konservativer Partei die Zustimmung versagten. Auch andere Alternativen wie ein Verbleib in der Zollunion, eine Verschiebung des Austritts oder ein zweites Referendum waren beziehungsweise sind in Großbritannien nicht mehrheitsfähig. Damit droht die Gefahr eines unregelmäßigen Austritts, der Wirtschaft und Politik auf beiden Seiten des Kanals zumindest kurzfristig vor unkalkulierbare Probleme stellen würde.

(4) Wenn vom Demokratiedefizit der EU die Rede ist, denkt man für gewöhnlich zuerst an die Beschaffenheit und Funktionsweise ihrer in Brüssel, Straßburg und Luxemburg ansässigen Institutionen. Spätestens seit der Machtübernahme rechtsnationaler Parteien in Ungarn und Polen ist jedoch ins Bewusstsein gelangt, dass die EU noch ein anderes, womöglich gravierenderes Demokratieproblem hat, nämlich das der Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards in den Mitgliedstaaten. Was in Ungarn nach dem Wahlsieg der ehemals liberal und nachfolgend zunehmend nationalkonservativ ausgerichteten Fidesz-Partei schon seit 2010 im Gange ist – der Umbau des Landes zu einem quasi-demokratischen autoritären System –, findet unter der Verantwortung der PIS seit 2015 auch in Polen statt. Das Muster ist stets dasselbe. Um Regierungsinstitutionen und den Wahlprozess unter Kontrolle zu bringen, werden zunächst die Gerichte und hier vor allem das Verfassungsgericht in ihrer Macht beschränkt beziehungsweise mit eigenen Gefolgsleuten der Regierung besetzt. Anschließend kann man dann ungehindert den gesellschaftlichen Pluralismus zurückdrängen und die öffentliche Meinungsbildung »gleichschalten«. Die EU hat solchen Bestre-

bungen bislang kaum etwas entgegensetzen können oder wollen. Im ungarischen Falle war und ist sie durch die Mitgliedschaft von Fidesz in der EVP befangen, im polnischen Falle haben ihre Versuche, die Regierung über die Aktivierung des Rechtsstaatsmechanismus zum Nachgeben zu bewegen, nur wenig bewirkt.

Die vier Krisen sind nicht unabhängig voneinander zu betrachten, sondern bilden ein zusammenhängendes Konglomerat – eine »Polykrise«, wie sie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker treffend genannt hat. So wie die ihnen auferlegte Austeritätspolitik die von der Finanz- und Eurokrise gebeutelten Südländer nicht geneigt machte, sich in der Flüchtlingsfrage gegenüber den Nordländern – und hier vor allem Deutschland – solidarisch zu verhalten, so war die Migrationspolitik zugleich ein wichtiger Katalysator für die Anti-EU-Stimmung in Großbritannien und autoritären Bestrebungen in Ungarn oder Polen. Die Entsolidarisierung hat den Auftrieb der euroskeptischen Populisten in den Parteiensystemen befördert. Dennoch konnten die mitgliedstaatlichen Regierungen ihren Zusammenhalt in zentralen Fragen bewahren. So wurden etwa bei den Brexit-Verhandlungen jedwede Versuche der »Rosinenpickerei« von britischer Seite geschlossen abgewehrt, um etwaige Nachahmereffekte zu verhindern. Auch die Sanktionen gegenüber Russland, verhängt wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim-Halbinsel im Gefolge der Ukraine-Krise, wurden 2014 gemeinsam beschlossen und anschließend von allen eingehalten. Und in der Eurozone war man bereit, mit der Schaffung einer Bankenunion weitere Souveränitätsrechte auf die europäischen Institutionen zu übertragen.

West- und Nordeuropa, Südeuropa, Mittelosteuropa

Ein Vergleich der Parteiensystementwicklung in den europäischen Demokratien offenbart neben interessanten Parallelen und Gemeinsamkeiten charakteristische Unterschiede. Diese rühren einerseits aus den spezifischen historischen Entstehungsbedingungen der Parteiensysteme sowie aus den ungleichen Startpunkten der Demokratisierung. So lassen sich zum Beispiel Abweichungen der Parteiensystemstrukturen in den jungen Demokratien Mittelosteuropas von den älteren Demokratien erklären oder bis heute nachwirkende Unterschiede zwischen den nord- und westeuropäischen Systemen und den demokratischen Nachzügler an der südeuropäischen Peripherie (Spanien, Portugal, Griechenland).

Andererseits sind die Unterschiede den in den jeweiligen Gesellschaften anzutreffenden ökonomischen und kulturellen Konflikten zurückzuschreiben, die die Entwicklung der Parteien und Parteiensysteme seit ihrer Entstehung begleiten. Betrachtet man die Wahlergebnisse der populistischen Herausforderer, so fällt auf, dass in den west- und nordeuropäischen Ländern hauptsächlich die rechten Vertreter reüssieren, während in Südeuropa der Linkspopulismus dominiert. Bei der erstgenannten Gruppe handelt es sich um wettbewerbsstarke, offene Volkswirtschaften, die – als Folge ihrer Wettbewerbsfähigkeit – ein hohes Wohlfahrtsstaatsniveau und zugleich einen hohen Migrantenanteil in der Bevölkerung aufweisen. Wertbezogene Konflikte über die kulturelle Zugehörigkeit der Zuwanderer verquicken sich hier mit verteilungsbezogenen Auseinandersetzungen, die an der Konkurrenz um Löhne und Sozialleistungen festzumachen sind. Sie betreffen

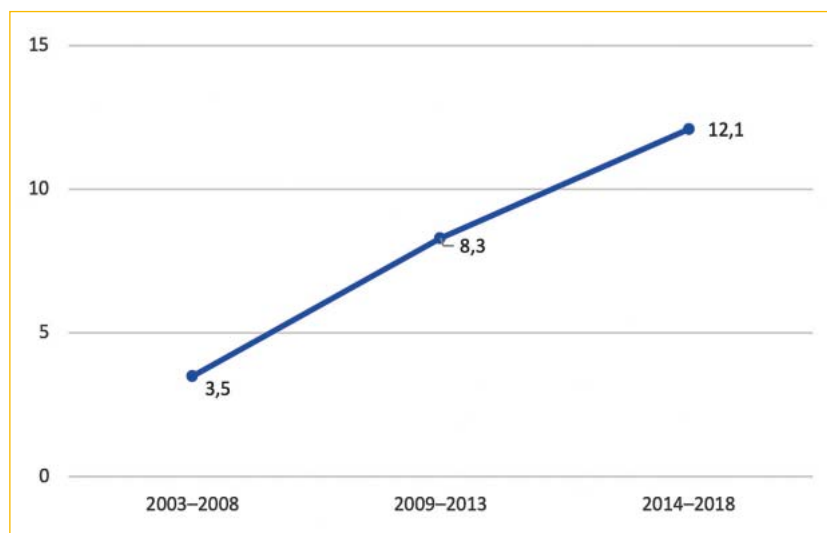


Abb. 3 Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien in West- und Nordeuropa (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Schweden): Durchschnittlicher, nach der Bevölkerungsgröße der Länder gewichteter Anteil für alle Wahlen im jeweiligen Zeitraum. Fanden in einem Zeitraum zwei Wahlen im selben Land statt, wurde ein Mittelwert gebildet. © Frank Decker

vor allem das untere Drittel oder Viertel der Bevölkerung, aber auch die um ihren Abstieg fürchtenden Mittelschichten, und werden verschärft, indem der Wohlfahrtsstaat durch den globalen Wettbewerb – dessen Verlierer er eigentlich schützen soll – selbst unter Druck gerät.

Anders liegt der Fall in den wettbewerbsschwächeren südeuropäischen Ländern, die sich durch einen weniger ausgebauten Wohlfahrtsstaat und niedrigeren Migrantenanteil auszeichnen. Deren Misere lässt sich primär auf die Abhängigkeit vom globalen Finanzmarkt zurückführen, was politisch eher dem linken Populismus mit seinen kapitalismuskritischen Positionen in die Hände spielt. Hatten es die niedrigen Kapitalmarktzinsen Ländern wie Griechenland oder Italien lange Zeit ermöglicht, ihre Konsumausgaben über wachsende Staatsschulden zu finanzieren, so setzte die Eurokrise dem ab 2010 ein abruptes Ende. Die drei erfolgreichsten Vertreter des südeuropäischen Linkspopulismus – Syriza, Podemos und die Fünf-Sterne-Bewegung – sind im Umfeld dieser Krise entstanden beziehungsweise groß geworden. In ihren Ländern sind sie heute direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt. Auch die sozialdemokratische Regierung in Portugal wird seit 2015 von einem Bündnis linksradikaler Parteien gestützt. Ita-

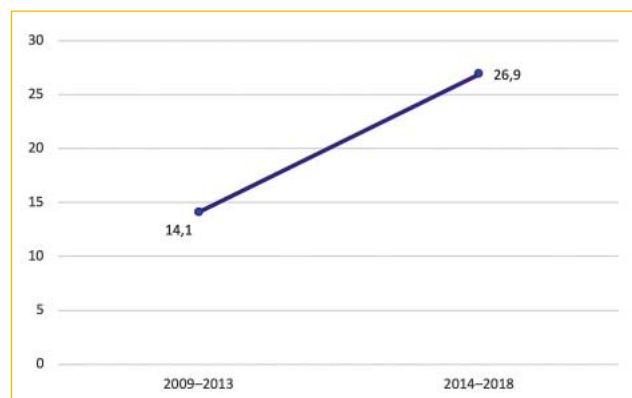


Abb. 4 Stimmenanteil linkspopulistischer Parteien in Südeuropa (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien): Durchschnittlicher, nach der Bevölkerungsgröße der Länder gewichteter Anteil für alle Wahlen im jeweiligen Zeitraum. Fanden in einem Zeitraum zwei Wahlen im selben Land statt, wurde ein Mittelwert gebildet. © Frank Decker

lien stellt insofern einen Sonderfall dar, als sich hier der wirtschaftliche Nord-Süd-Konflikt in Europa durch das eigene Land zieht. Der rechtspopulistische Teil wird dabei von der – sich seit 2018 offiziell nur noch »Lega« nennenden – Lega Nord repräsentiert, die mit ihren fremdenfeindlichen und chauvinistischen Positionen vor allem im wohlhabenden Norden auf Zustimmung trifft, während die Hochburgen der stärker sozialpopulistisch auftretenden Fünf-Sterne-Bewegung im wirtschaftsschwachen Süden liegen.

Eine besondere dritte Gruppe bilden die in den 1990er Jahren neu entstandenen mittelosteuropäischen Demokratien, in denen die populistischen und nationalistischen Kräfte die Parteienlandschaften mittlerweile dominieren. Sie treten dort freilich selten in Reinform auf, sondern überformen die bestehenden Parteien. Diese werden auf der europäischen Ebene der christdemokratischen, konservativen, sozialdemokratischen oder liberalen Familie zugeschlagen, obwohl sie mit ihren Pendants in West-, Nord- und Südeuropa häufig nur den Namen gemein haben und auch untereinander beträchtliche Unterschiede aufweisen. Nahm der Fragmentierungsgrad der Parteiensysteme in den neun MOE-Staaten bis Ende der 2000er Jahre kontinuierlich ab, hat er seither wieder zugenommen. Legt man die Mitgliedschaft in den EU-Parteienverbänden und -fraktionen zugrunde, werden von den Regierungen heute jeweils zwei von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, und jeweils eine von Konservativen, Grünen (Bauern) und einer erst 2014 gegründeten Quereinsteiger-Partei angeführt (in Slowenien).

Die starke Polarisierung der Parteiensysteme in Mitteleuropa tritt im Verhältnis zum übrigen Europa zugunsten einer gemeinsam geteilten Abwehrhaltung gegenüber den anderen Ländern zurück, wenn Fragen der nationalen Selbstbehauptung berührt sind. So wurde zum Beispiel der Austeritätskurs der Nordländer gegenüber den Krisenstaaten im Süden von den MOE-Staaten einhellig unterstützt und die von den Ländern im Süden wie im Norden angemahnte Solidarität in der Migrationsfrage ebenso einhellig verweigert. Die von den Regierungen bewusst geschürte Feindseligkeit gegen jegliche »kulturfremde« Flüchtlinge wirkt vor dem Hintergrund einer kaum vorhandenen Zuwanderung scheinbar widersprüchlich. Sie wurzelt in der Geschichte, in der Demographie und in den Verwerfungen der postkommunistischen Übergangsphase. Gleichzeitig stellt sie eine spezifisch mittelosteuropäische Revolte gegen die Globalisierung und den Zwang zur Imitation des westlichen Modernisierungsmodells dar. Auch in Italien und Griechenland haben rechte und linke Populisten heute keine Probleme, in der Regierung zusammenzuarbeiten. Insbesondere bei den rechten Vertretern ist der gemeinsame Nenner nationaler Interessen oftmals größer als die Übereinstimmung mit den ihnen programmatisch eigentlich näher stehenden Parteien im übrigen Europa. Dass die Rechtspopulisten sich dort an die Spitze der Kritiker der Währungsunion und der zur Stützung der Südländer beschlossenen Hilfspakete setzten, ist kein Zufall, konnten sie doch mit dieser Position zusätzliche Wähler mobilisieren und ihre bereits vorher bestehende ablehnende Haltung gegenüber der EU untermauern. Der prominenteste Spätkömmling der rechtspopulistischen Parteienfamilie in Europa – die Alternative für Deutschland – ist sogar erst im Umfeld der Eurokrise entstanden.

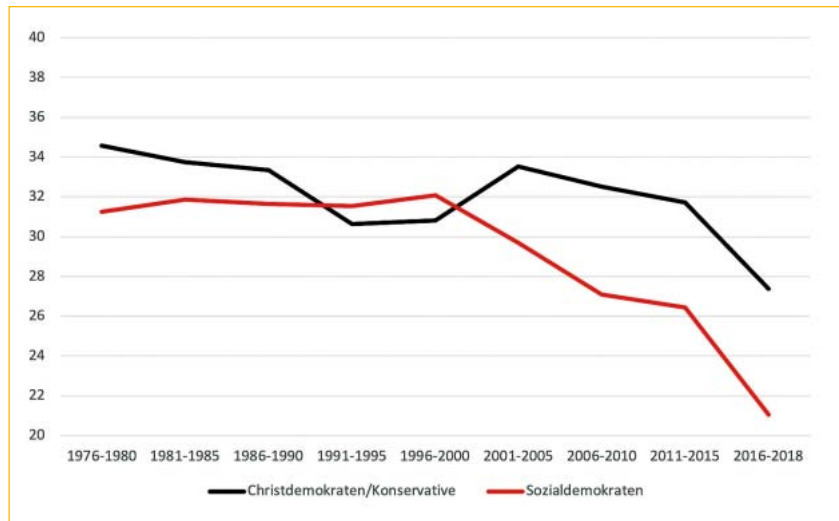


Abb. 5 Stimmenanteile der christlich-konservativen und sozialdemokratischen Parteien in der EU 15. Durchschnittlicher, nach der Bevölkerungsgröße der Länder gewichteter Anteil für alle Wahlen im jeweiligen Zeitraum. Die Zuordnung der Parteien erfolgt gemäß der Fraktionszugehörigkeit im Europäischen Parlament. Ausgenommen sind die Dänische Volkspartei und die Wahren Finnen, die zur rechtspopulistischen Familie gezählt werden. Fanden in einem Zeitraum zwei Wahlen im selben Land statt, wurde ein Mittelwert gebildet. Für den Zeitraum ab 2016 wurden die Wahlen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Schweden und Spanien einbezogen.

© Frank Decker

Rechtsverschiebung der Parteiensysteme und Bröckeln der Volksparteien

Hauptleidtragende des Aufstiegs der Rechts- und Linkspopulisten sind die in den Ländern der alten EU früher systembestimmenden christlich-konservativen und sozialdemokratischen Parteien. Bewegte sich deren gemeinsamer Stimmenanteil in der EU mit 15 Mitgliedstaaten von Mitte der 1970er bis Mitte der 2000er Jahre in einem stabilen Korridor von 63 bis 67 Prozent, so sank er zwischen 2011 und 2015 erstmals unter die 60-Prozent- und seit 2016 sogar unter die 50 Prozent-Marke. Die Sozialdemokraten waren dabei von den Verlusten stärker betroffen (21 Prozent gegenüber 27 Prozent für die christlich-konservativen Parteien). Sie hatten seit den 2000er Jahren einen kontinuierlichen Abwärtstrend zu verzeichnen, während Christdemokraten und Konservative ihre Ergebnisse bis 2015 noch relativ gut halten konnten. Ihr Einbruch erfolgte erst danach, was vor allem den herben Verlusten in bevölkerungsreichen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien geschuldet war.

Die größten Einzelverluste hatten die Sozialistische Partei in Frankreich, die niederländische Arbeitspartei und die griechische Pasok zu verzeichnen, die bei den Wahlen auf einstellige Werte zurückfielen und damit schlechter abschnitten als ihre jeweiligen links-sozialistischen und -populistischen Konkurrenten. In Griechenland war es Syriza schon 2012 gelungen, die Sozialdemokraten als stärkste Kraft des linken Lagers abzulösen, in Spanien verfehlte Podemos dieses Ziel 2015 und 2016 nur knapp.

In den west- und nordeuropäischen Ländern sind die vergleichsweise höheren Verluste der Sozialdemokraten vor allem damit zu erklären, dass sie die Stimmen sowohl innerhalb des linken Lagers als auch an Christdemokraten / Konservative und Rechtspopulisten verloren, während die christlich-konservativen Parteien vornehmlich im rechten Lager – an Liberale und Rechtspopulisten – abgeben mussten. Die Achse der Parteiensysteme hat sich dadurch nach rechts verschoben und die Möglichkeit einer linken Mehrheit in den meisten Ländern in weite Ferne gerückt – lediglich Großbritannien fällt hier mit dem überraschend guten Abschneiden der Labour Party bei der Unterhauswahl 2018 aus dem Rahmen.

EFDD/ENF	EKR	EVP	ALDE	S&D	Grüne	Linke	Sonstige
Italien	Polen	Österreich	Belgien	Malta	Litauen	Griechenland	Slowenien
	UK / GB	Bulgarien	Tschechien	Portugal			
		Kroatien	Dänemark	Rumänien			
		Zypern	Estland	Schweden			
		Deutschland	Finnland	Slowakei			
		Ungarn	(Frankreich)	Spanien			
		Irland	Lettland				
			Luxemburg				
			Niederlande				

Abb. 6 Führende Regierungsparteien in den EU-Mitgliedstaaten (Stand: Ende 2018)

© Frank Decker

Die veränderten Kräfteverhältnisse spiegeln sich in der Regierungszusammensetzung wider. Von elf Ländern in West- und Nordeuropa wurde zu Beginn des Jahres 2019 nur noch eines – Schweden – von den Sozialdemokraten regiert; deren Koalition mit den Grünen bleibt dabei auf die Unterstützung von Parteien des anderen Lagers (Zentrumspartei und Liberale) angewiesen. Die christlich-konservativen Parteien stellen in vier Ländern (Deutschland, Großbritannien, Irland, Österreich) den Regierungschef. In den übrigen sechs Ländern – Frankreich eingeschlossen – werden die Regierungen von Vertretern liberaler Parteien angeführt, obwohl diese nur in der Hälfte der Fälle die stärkste Kraft im Parlament sind. In zwei Ländern sind rechtspopulistische Parteien direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt: in Österreich (als Koalitionspartner der ÖVP seit 2017) und in Dänemark (als Stützpartner einer bürgerlichen Dreierkoalition seit 2016). In Finnland wurde die 2015 gebildete Koalition der Zentrumspartei und Nationalen Sammlungspartei mit den Wahren Finnen von den beiden erstgenannten 2017 beendet, weil die Rechtspopulisten ihren bis dahin gemäßigten Kurs zu verlassen drohten.

In Südeuropa stellen sich die Verhältnisse anders dar: Von den vier Ländern werden hier zwei – Spanien und Portugal – von linken Koalitionen unter sozialdemokratischer Führung und zwei – Italien und Griechenland – von einem Bündnis rechts- und linkspopulistischer Parteien regiert. In Italien verständigten sich die Koalitionspartner 2018 auf den parteilosen Giuseppe Conte als Regierungschef, der von der Fünf-Sterne-Bewegung zuvor als Mitglied ihres Schattenkabinetts nominiert worden war. In Griechenland hat die rechtspopulistische Anel die Regierung Anfang 2019 verlassen; um seine Parlamentsmehrheit zu erhalten, ist Ministerpräsident Tsipras seither auf die Unterstützung einzelner Abgeordneter angewiesen.

In Mitteleuropa, wo die Grenzen sowohl zwischen den rechten und linken Populisten als auch innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers zwischen populistischen, nationalkonservativen und extremistischen Kräften fließender sind, führten populistische (oder als populistisch geltende) Parteien Anfang 2019 die Regierungen – bei enger Auslegung des Begriffs – in zwei (Polen und Ungarn), bei großzügigerer Auslegung in weiteren drei Ländern an (Slowakei, Slowenien und Tschechien); in Bulgarien waren sie an der Regierung beteiligt.

Konsequenzen für das Regieren in der EU

Den populistischen EU-Gegnern wird häufig vorgehalten, dass sie die Mitgliedschaft im Europäischen Parlament als Plattform benutzen, um eben dieses Parlament zu delegitimieren und langfristig ganz abzuschaffen. Wenn sie eine solche Strategie verfolgen, hätte das jedoch zugleich eine positive Kehrseite, würde es doch die Europawahlen tatsächlich zu Wahlen machen, die um

europäische Themen und Personen geführt werden. In der Vergangenheit konnten rechte und linke Außenseiter sich die vermeintlich nachrangige Bedeutung der Europawahlen dadurch zunutze machen, dass die Wähler mit ihren Stimmen „leichtfertiger“ umgingen als bei den nationalen Wahlen. Inzwischen dürfte immer mehr Wählern bewusst sein, dass bei den Wahlen zum EP Wichtiges auf dem Spiel steht. Dies hat auch damit zu tun, dass die Wahl mit der Bestellung des Kommissionspräsidenten – also der Exekutivspitze der EU – verkoppelt ist. Ausgerechnet hier könnte es jedoch durch die absehbare Veränderung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse zu einem demokratischen Rückschlag kommen.

Der Grund dafür liegt nicht primär in dem befürchteten weiteren Erstarken der populistischen und euroskeptischen Kräfte. Weil mit dem EU-Austritt Großbritanniens sowohl die UKIP-Abgeordneten als auch die traditionell euroskeptischen Tories verschwinden, dürfte die pro-europäische Mehrheit im EP relativ stabil bleiben. Deutliche Verschiebungen stehen dagegen innerhalb des pro-europäischen Lagers bevor. Während die Christdemokraten vom Abgang der britischen Konservativen nicht betroffen sind, würde mit den 20 britischen Abgeordneten der Labour Party eine der europaweit stärksten sozialdemokratischen Parteien aus den Reihen der S&D-Fraktion ausscheiden. Da die Sozialdemokraten auch in anderen wichtigen Ländern mit Verlusten rechnen müssen, kann die EVP deshalb schon heute nahezu sicher sein, dass sie ihre Position als stärkste Kraft im Parlament behält.

Ob der von ihr gekürte Spitzenkandidat Manfred Weber damit automatisch Kommissionspräsident wird, ist freilich nicht ausgemacht. 2014 konnten sich Christdemokraten und Sozialdemokraten das Versprechen, wonach das Amt der jeweils stärkeren Partei zusteht, gegenseitig abnehmen, weil beide zusammen im EP über eine eigene Mehrheit verfügten. Geht ihnen diese Mehrheit 2019 verloren, braucht Weber auch die Zustimmung von Abgeordneten aus anderen Fraktionen. Hier kommt insbesondere der liberalen ALDE eine Schlüsselrolle zu, zumal diese auch von der LREM unterstützt wird, der Partei Emmanuel Macrons. Der französische Präsident macht keinen Hehl daraus, dass er den 2014 vorgenommenen Rollentausch zwischen Rat und Parlament bei der Bestellung des Kommissionspräsidenten am liebsten rückgängig machen würde. Dabei dürfte er auch die Kräfteverhältnisse im Europäischen Rat im Blick haben, wo die Liberalen mit neun Regierungschefs derzeit den größten Block stellen.

Ebenso offen wie das Rennen um den Kommissionspräsidenten ist die Frage, wie sich die rechtspopulistischen Parteien nach der Wahl im Parlament gruppieren werden. Am sichersten erscheint der Fortbestand der ENF-Fraktion, die die ältesten und prominentesten Vertreter des europäischen Rechtspopulismus vereint; zu diesen würde sich vermutlich die – inzwischen deutlich radikalisierte – AfD gesellen. Der EFDD droht dagegen die Auflösung. Nach dem Ausscheiden der UKIP-Abgeordneten würden ihr im

Kern nur noch die Vertreter der Fünf-Sterne-Bewegung verbleiben, die sich aufgrund ihrer eher linkspopulistischen Ausrichtung in der Fraktion ohnehin deplatziert vorkamen. Nachdem die Fünf Sterne 2017 vergeblich um die Aufnahme in die ALDE-Fraktion nachgesucht hatten, könnte ein neuer Anlauf nach der Wahl erfolgreicher sein, wenn sie ihre euroskeptischen Positionen bis dahin weiter abstreifen. Ansonsten bliebe ihnen nur die Fraktionslosigkeit.

Wenig spricht dafür, dass die übrigen Parteien, die eine weichere Spielart des Rechtspopulismus und Euroskeptizismus bevorzugen und zur Zeit vor allem in der EKR-Fraktion versammelt sind, bereit sein könnten, mit den Angehörigen des harten Kerns eine gemeinsame Front der EU- und Migrationsgegner im Europaparlament zu bilden – womöglich noch erweitert um Viktor Orbáns Fidesz. Eine solche Sammlungsbewegung, wie sie Steve Bannon, dem früheren Chefstrategen Donald Trumps, und Matteo Salvini vorschwebt, dürfte einstweilen Vision bleiben. Für die proeuropäischen Kräfte stellt sie jedoch zugleich eine Mahnung dar, sich auf den internen Zwist und die Politikunfähigkeit ihrer Herausforderer nicht zu sehr zu verlassen. Diese werden sich auf Dauer nur zurückdrängen lassen, wenn es gelingt, dem europäischen Projekt wieder mehr Akzeptanz zu verschaffen; dazu muss die EU handlungsfähiger und zugleich demokratischer werden.

Literaturhinweise

- Brack, Nathalie (2017): *Opposing Europe in the European Parliament. Rebels and Radicals in the Chamber*, Basingstoke
- Decker, Frank (2014a): Europäische Wutbürger, in: *Mut. Form für Kultur, Politik und Geschichte* Nr. 560, S. 6–15
- Decker, Frank (2014b): Fallstricke der Parlamentarisierung. Warum das Bestellungsverfahren der EU-Kommission der Reform bedarf, in: *Recht und Politik* 50 (4), S. 199–203
- Decker, Frank (2015): Vom Protestphänomen zur politischen Dauererscheinung: Rechts- und Linkspopulismus in Westeuropa, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse / Alexander Gallus (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Band 27, Baden-Baden, S. 57–72
- Krastev, Ivan (2017): *Europadämmerung. Ein Essay*, Berlin
- Manow, Philip (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin
- Niedermayer, Oskar (2013): Die Parteiensysteme der EU-Mitgliedsstaaten, in: ders. (Hg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden, S. 847–874

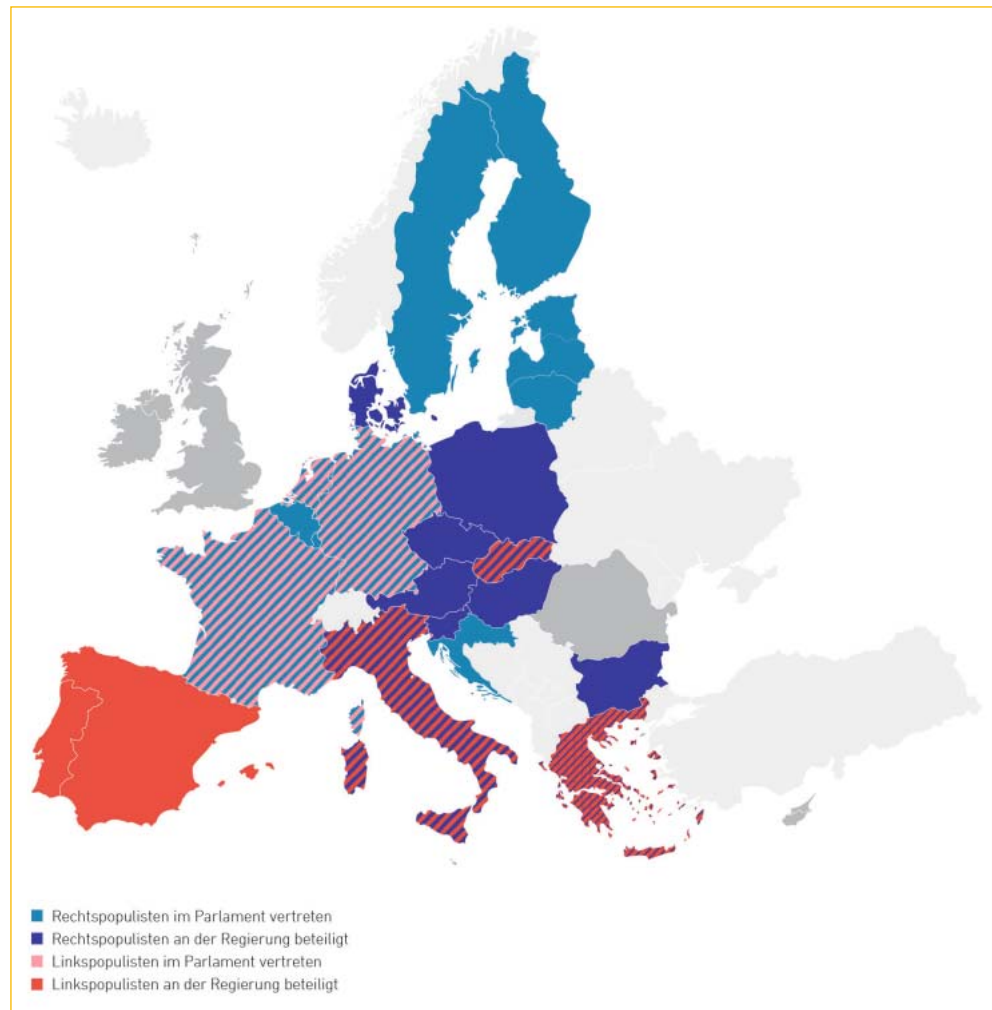


Abb. 7 Parlamentszugehörigkeit und Regierungsbeteiligung populistischer Parteien in der EU.

© Frank Decker, Grafikumsetzung VH-7 Medienküche GmbH

Onderza, Nicolai von / Felix Schenuit (2019): Die Europawahlen 2019 und das europäische Parteiensystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69 (4–5), S. 11–18

Rüttgers, Jürgen / Frank Decker, Hg. (2017): *Europas Ende, Europas Anfang. Neue Perspektiven für die Europäische Union*, Frankfurt a. M.

Vogel, Steffen (2017): Festung oder Solidargemeinschaft: Die Europawahl als Lagerwahlkampf, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (1), S. 73–80

MATERIALIEN

M 1 Heribert Prantl (2018): «Europa muss wieder begeistern», Süddeutsche Zeitung, 13.11.2018

Die Europawahl 2019 entscheidet darüber, ob die EU eine Zukunft hat. Angela Merkel hat das verstanden, in Straßburg hat sie eine offensive Rede gehalten. Auch die Wahlkämpfer sollten mutig sein. Der Europawahlkampf hat begonnen. Die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament ist die wichtigste Europawahl, die es je gegeben hat. Gewiss, so etwas wird in jedem Wahlkampf behauptet. Aber diesmal stimmt es wirklich – und Angela Merkel hat das verstanden. Ihre Rede im Parlament zu Straßburg war eine offensive, eine fast kämpferische, eine selbstbewusste und auch selbstkritische Rede, die in einem (wenn auch noch sehr vagen) Plädoyer für eine europäische Armee gipfelte. Merkel ging damit endlich, endlich wenigstens ein wenig auf den französischen Präsidenten Macron zu. Es braucht diese, es braucht noch viel mehr Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, wenn der Glaube an die Kraft Europas wieder aufleben und den Wahlkampf prägen soll. Die Europäer werden für ein junges, aufgewecktes, für ein sich reformierendes Europa kämpfen müssen wie nie zuvor, weil die Europawahl im Mai die Antwort geben muss auf die neuen Nationalismen und auf die neuen Aggressivpopulismen.

Die Europawahl 2019 entscheidet darüber, ob Europa ein Abwicklungs- und Abbruchprojekt wird oder ein Zukunftsprojekt bleibt. Die Europegegner wollen aus dem neuen Europa wieder das alte machen, es wieder zerstückeln und diese Stücke bewachen. Sie betrachten Europa als parzellierte Landkarte und stecken in die Felder ihre Fahnen: »Take back control« nennen sie das. Es wäre das Ende Europas. Das zu verhindern – darum geht es bei der Europawahl 2019. Es heißt, Europa müsse sich gegen den Rechtspopulismus wehren. Das stimmt. Aber das geht nur, wenn Europa wieder populär wird: Europa muss wieder begeistern können. Europa braucht Leidenschaft, nicht Technokraten-sprech. Europa muss leuchten.

Das Wort »Rechtspopulismus« darf nicht zu einer niedlichen, unzulässig verharmlosenden Bezeichnung für eine gefährliche Sache gemacht werden – für eine extremistische Politik, die auf Grund- und Menschenrechte, auf die Achtung von Minderheiten pfeift. Es ist nicht Populismus, der Europa kaputt macht, sondern der populistische Rechtsextremismus, der aus Nationalismus und Rassismus besteht, aus der Verhöhnung von Anstand und Diplomatie.

Europa braucht Politiker, die die Emotionen nicht den Populisten überlassen. Politikern, die mit Herzblut, stürmisch und dabei auch bisweilen vereinfachend und vergrößernd ihre Sache vertreten, wird gern Populismus vorgeworfen, um sie abzuqualifizieren. Aber es braucht auch diese populäre Art und Weise, Politik begreifbar zu machen. Europa braucht solche Köpfe und Stimmen, die die Emotionen nicht den Extremisten überlassen; Europa braucht Politikerinnen und Politiker, die Grundrechte, Rechtsstaat und europäische Zukunft mit Verve gegen deren Verächter verteidigen. Das geht nicht mit Phrasen, sondern mit Herz, Verstand und einer klugen Fortentwicklung der EU-Politik. Das geht auch nicht in einer selbstgerechten und schulmeisternden deutschen Attitüde, die die Verantwortung für die Krisen der EU dem angeblichen Schlendrian der Anderen anlastet.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat soeben auf dem SZ-Wirtschaftsgipfel bekannt: »Das Soziale ist kein Beiwerk, es ist das



M 2 »Europa und der Nationalismus«

© Paolo Calleri / picture alliance / dieKLEINERT.de

Herz der Union.« So sollte es sein; so ist es leider noch nicht. Die Europäer müssen spüren, dass die EU ihre Schutzgemeinschaft wird; erst gute Sozialpolitik macht aus der EU eine Heimat. Eine EU-Arbeitslosenversicherung, wie sie Macron vorschlägt, gehört dazu, auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Europa ist das Beste, was den Deutschen, Franzosen und Italienern, den Dänen, Polen und Spaniern, den Bayern, Basken und Balten in ihrer langen Geschichte passiert ist. EU ist das Kürzel für das Goldene Zeitalter der europäischen Historie. Man schreibt das so hin, weil es stimmt; dann erschrickt man fast, weil das zur EU-Gegenwart so gar nicht passt.

Die Wahlkämpfer für Europa sollten mutig sein. »Europa« ist zu einem geschundenen Wort geworden, nicht erst seit dem Brexit, aber seitdem noch mehr. Es gibt viel zu klagen. Aber über all der Klagerei haben die Europäer verlernt, das Wunder zu sehen; sie haben nur noch die Wunden gespürt. Wer mit den Wunden beschäftigt ist, ist kaum bereit, sich um Verwundete von anderswo, um Flüchtlinge, zu kümmern – erst recht, wenn er, wie Italien, von den anderen alleingelassen wird. Die Weltkriege rücken, trotz aller Gedenkfeiern, immer weiter weg. Vielen Europafreunden gilt daher die EU weniger als Errungenschaft der Friedenssehnsucht, denn als Selbstverständlichkeit. Aber das Selbstverständliche ist nicht selbstverständlich. Ein Blick vor die Tore Europas zeigt, wie wenig selbstverständlich ein unkriegerischer Kontinent ist. Millionen Menschen in kriegsverwüsteten Staaten haben Sehnsucht nach dieser Selbstverständlichkeit.

Glücklich ist, wer es wagt, das, was er liebt, mit Mut zu beschützen. Der Satz stammt vom römischen Dichter Ovid. Die Wahlkämpfer für Europa sollten mutig sein und sich dieses Glück gönnen.

© www.sueddeutsche.de/politik/europawahl-eu-zukunft-1.4208812

Europawahlen galten lange als Wahlen zweiter Ordnung, mit nur geringer politischer Bedeutung. Doch 2019 mausern sie sich zur Richtungswahl über die Zukunft der EU – nicht nur weil das Europäische Parlament (EP) an Bedeutung gewonnen hat, sondern vor allem weil sich das europäische Parteiensystem fundamental wandelt. Während etablierte Parteien an Unterstützung verlieren, haben rechtspopulistische und EU-skeptische Parteien europaweit zugelegt. Gleichzeitig gibt es verstärkte Bemühungen, die traditionell zersplitterten EU-skeptischen Kräfte in einer Sammlungsbewegung zu vereinen. In der nächsten Wahlperiode ist zwar kein drastischer Anstieg der Zahl EU-skeptischer Abgeordneter zu erwarten. Die Umordnung im EU-skeptischen Spektrum könnte aber den Auftakt für einschneidende Veränderungen im politischen Gefüge der EU bilden.

Traditionell gilt das Europawahljahr in Brüssel als »Jahr des institutionellen Übergangs«, denn nicht nur das EP, auch die Kommission wird neu gewählt. Seit dem Vertrag von Lissabon ist die Wahl des Parlaments gemäß dem sogenannten Spitzenkandidatenprinzip direkt mit der des Kommissionspräsidenten verknüpft. Doch auf Ebene der Mitgliedstaaten waren es bisher nicht viel mehr als Wahlen zweiter Ordnung, eine Aneinanderreihung paralleler nationaler Wahlen, die vor allem dazu dienen, der jeweiligen nationalen Regierung eine Botschaft zu senden. Europapolitische Themen spielten in den EP-Wahlkämpfen hingegen nur eine untergeordnete Rolle. 2019 finden die Wahlen jedoch unter veränderten Vorzeichen statt. Nach fast einem Jahrzehnt »Krisenmodus« ist die zukünftige Entwicklung der EU umstritten wie nie. Im März 2019, knapp acht Wochen vor den Europawahlen, wird Großbritannien (voraussichtlich) als erstes Mitglied die EU verlassen. Deshalb wird das EP zum ersten Mal weniger Abgeordnete umfassen als zuvor, nämlich nur noch 705. Mehr als sechs Monate vor den Wahlen drängen zudem Bewerber um die Spitzenkandidatur in die europäische Öffentlichkeit, früher als bei den letzten Wahlen. Gleichzeitig wandeln sich europaweit die Parteiensysteme, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß: In nahezu allen Wahlen seit 2014 verloren etablierte Parteien an Zustimmung, während vielfach sowohl die Fragmentierung der Parteiensysteme als auch die Stimmanteile EU-skeptischer Parteien wuchsen. Doch auch liberale, pro-europäische Strömungen haben mit dem französischen Staatspräsidenten Macron eine Galionsfigur, die sich außerhalb des bestehenden Parteienspektrums bewegt. Damit verdichten sich die Europawahlen zur Herausforderung für das politische System der EU. Auf der einen Seite muss die informelle »große Koalition« zwischen christdemokratisch-konservativer EVP und Sozialdemokraten (S&D), die traditionell die EU dominiert, zum ersten Mal um ihre Mehrheit im EP bangen. Auf der anderen Seite formulierten etwa Matteo Salvini, Vorsitzender der italienischen Lega, oder Stephen Bannon, rechtspopulistischer Scharfmacher aus den USA, das Ziel, EU-skeptische Parteien zu vereinen und sie zur größten Fraktion im EP zu machen. (...) Grundsätzlich gilt weiterhin, dass europäische Parteien im Hinblick auf Charakter, Bindewirkung und Durchsetzungskraft nicht mit nationalen Parteien gleichzusetzen sind. Zwar erkennt der EU-Vertrag Parteien auf europäischer Ebene an, welche »zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der EU« (Artikel 10 EUV) beitragen. Auch existiert eine Parteienfinanzierung auf EU-Ebene, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau als



M 4 »Und wenn sie die EU nicht mehr haben ...«

© Gerhard Mester, 2018

etwa in Deutschland. Europäische Parteien sind jedoch keine Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, sondern Dachverbände nationaler Parteien. Bislang sind sie hinsichtlich des Wahlkampfes sowie programmatisch und finanziell schlechter aufgestellt als ihre nationalen Mitgliedsparteien. Sichtbar sind sie hauptsächlich durch die Arbeit ihrer EP-Fraktionen. Dennoch erfüllen sie im politischen System der EU vier wichtige Funktionen: Erstens spielen sie eine nicht zu vernachlässigende Rolle beim Interessenausgleich zwischen nationalen Parteien und damit als Integrationsfaktor in der europäischen Politik. So koordinieren sich die Staats- und Regierungschefs der großen Parteienfamilien ebenso wie ihre Fraktionen im EP.

Zweitens sind die europäischen Parteien und ihre Parlamentsfraktionen Hauptakteure bei der Mehrheitsbeschaffung im EP. Dort gibt es keine feste Koalition, sondern Mehrheiten müssen immer im Einzelfall gefunden werden. Trotz ihres Charakters als Dachverbände ist es dabei vor allem den großen Parteien mit wenigen Ausnahmen gelungen, Fraktionsdisziplin im EP herzustellen, statt entlang nationaler Positionen abzustimmen.

Drittens werden die Parteien auch für die Besetzung von EU-Spitzenpositionen immer wichtiger. Deutlich wird dies an der Stärkung des EP durch den Vertrag von Lissabon und das 2014 erstmals angewandte Prinzip der Spitzenkandidaten. Auch die Besetzung der Posten des Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik wurde bislang über den Parteienproporz geregelt.

Viertens schließlich bieten europäische Parteien und gemeinsame Fraktionen im EP zusätzliche Ressourcen und Legitimation für nationale Parteien. Paradoxe Weise profitierten gerade die EU-skeptischen Parteien von den finanziellen Mitteln des EP und der dort gebotenen Bühne. (...) Wesentlich für die Konstituierung des nächsten Europäischen Parlaments sind Größe und Zusammensetzung des EU-skeptischen Lagers, das im EP zuletzt am stärksten fragmentiert war. (...) Bisher reicht das Spektrum EU-skeptischer Parteien im europäischen Parteiensystem von moderat EU-kritischen Parteien bis zu Anti-EU-Parteien rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Prägung. Diese Strömungen sind seit geraumer Zeit auf europäischer Ebene repräsentiert. (...) Um eine große EU-kritische Fraktion bilden zu können, müssten rechtspopulistische und nationalkonservative Parteien erstens klare Wahlerfolge erzielen und zweitens bereit sein, in einer gemeinsamen Fraktion zusammenzuarbeiten. (...)

© www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A58_orz_sux.pdf

M 5 Bettina Klein: »Schicksalsjahr für Europa«, Deutschlandfunk, 2.1.2019

Der EU stehen bewegte Monate bevor: Bei der Europawahl im Mai drohen den etablierten Fraktionen ernst zu nehmende Verluste, rechtspopulistischen Parteien werden dagegen große Gewinne vorausgesagt. Aber auch der Machtkampf zwischen den EU-Institutionen selbst könnte sich verschärfen.

»We will embrace the future of Europe ... Thank you very much for your support!« – »Stand up lets open a new chapter, lets start right here in Helsinki.«: So die beiden Spitzenkandidaten der beiden bisherigen größten Fraktionen im Europäischen Parlament, Sozialdemokraten und Europäische Volkspartei, Frans Timmermans und Manfred Weber, Ende des Jahres bei ihren jeweiligen Ernennungs-Kongressen, der eine in Lissabon, der andere in Helsinki. Vieles haben diese beiden Parteienfamilien in der Vergangenheit unter sich ausgemacht, in der Ära eines Jean-Claude Juncker oder Martin Schulz. Doch die Zeiten haben sich geändert – beiden Fraktionen werden unterschiedliche Verluste vorausgesagt und ein Zugewinn vor allem rechtspopulistischer Parteien von ihnen befürchtet. »Das Worst-Case-Szenario wäre eine große rechtsextreme Fraktion, die in die Nähe der gesetzgebenden Mehrheit kommt. Das kann ich mir aber ehrlich gesagt nicht vorstellen. Und das zweitgrößte Worst-Case-Szenario, also Second-Worst sozusagen, wäre eine rechtsbürgerliche Mehrheit aus Christdemokraten und den heutigen Konservativen bis weiter rechts«, sagt der Chef der Europa-SPD, Jens Geier, dem Deutschlandfunk-Studio Brüssel, und gibt sich trotzdem optimistisch: »Mir ist vor dem Wahlkampf überhaupt nicht bange.« (...) »Das Worst-Case-Szenario für die Europawahlen wäre aus meiner Sicht, dass es Russland und anderen interessierten Kräften und Mächten gelingt, über Fake News, schlichte Propaganda und Verbreiten von Unwahrheiten und Zerstören von Vertrauen ein Europäisches Parlament am Wahltag komplett durcheinanderzuwirbeln und Europa zu schwächen.« So die Sorge von Daniel Caspary, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament. »Denn es geht weniger um die mögliche Stärkung von Parteien, deren Auffassungen man in dieser oder jener Frage nicht teilt. Sondern um Kräfte, die in erster Linie auf die Schwächung der Europäischen Union und ihrer Institutionen insgesamt abzielen.« Trumps Wahlkampfstrategie Steve Bannon ist in Europa unterwegs und versucht, rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen zu mobilisieren, wie den flämischen Vlaams Belang und den französischen Front National (seit 2018: Rassemblement National), der von Russland mitfinanziert wird. Effekte rechtspopulistischer Parteien haben sich bisher in Grenzen gehalten, sagt Kiran Klaus Patel von der Universität Maastricht, daher könnte jetzt eine neue Herausforderung kommen. Dennoch: Das Phänomen europafeindlicher Parteien sei ganz und gar nicht neu. »Man sollte nicht deswegen glauben, dass Integration bisher immer krisenfrei und durch breite Bevölkerungsunterstützung gelaufen ist. Denken Sie daran, dass in Italien und Frankreich in den Nachkriegsjahrzehnten 20 bis 30 Prozent für die Kommunistische Partei war, die ganz lange sich ganz stark gegen die Integration Europas gestellt hatte. Jedenfalls so, wie die EG damals war. Und es gab natürlich auch ein rechtsorientiertes Lager, das auch dagegen war.« (...) Transnationale Listen, wie von Emmanuel Macron gefordert, fanden diesmal noch keine Mehrheit im Europäischen Parlament. Dann ist da die Frage der Zukunft der Spitzenkandidaten: Also ob derjenige mit der größten Mehrheit auch Kommissionspräsident werden wird. Ein Machtkampf zwischen den Institutionen wäre ein denkbare Szenario.

© www.deutschlandfunk.de/europawahl-2019-schicksalsjahr-fuer-europa.1773.de.html?dram:article_id=437201



M 6 »Deutsche Parteienlandschaft«

© Gerhard Mester, 2017

M 7 Maria Fiedler: »AfD will Europaparlament ersatzlos abschaffen«, Tagesspiegel, 13.1.2019

Die AfD legt sich doch nicht auf einen Termin für einen deutschen EU-Austritt fest – verschärft ihre Forderung aber an anderer Stelle. Es war der rote Faden, die heikle Frage für die AfD auf ihrem Europaparteitag in Riesa: Den »Dexit« fordern – oder nicht? Ein Leitantrag für das Europawahlprogramm sah vor, den Austritt Deutschlands aus der EU zu fordern, insofern sich nicht »innerhalb einer Legislaturperiode« die Reformansätze der AfD umsetzen ließen.

AfD-Chef und Spitzenkandidat Jörg Meuthen ging das deutlich zu weit. Seitdem der AfD eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz droht, sind ihre Spitzenpolitiker öffentlich um Mäßigung bemüht. Am Ende kam allerdings ein Wahlprogramm heraus, das zwar die »Dexit«-Forderung im Hinblick auf den Zeitpunkt abschwächte – an anderer Stelle aber noch radikaler ist als ursprünglich vorgesehen. Nachdem an den beiden Vortagen in einem zähen Verfahren weitere Listenplätze für die Europawahl gewählt worden waren, eröffnete Parteichef Alexander Gauland den dritten Tag. In seiner Rede versuchte er, die »Dexit«-Klippe zu umschiffen. Er warb für »Realismus« und warnte vor Maximalforderungen. Gauland attackierte die Europäische Union zwar als einen »korrupten und latent totalitären Apparat«, machte aber deutlich, dass dessen Abschaffung oder ein »Dexit« unkalkulierbare Folgen haben könnten. Zudem könne eine AfD-Forderung nach dem baldigen »Dexit« bei einem chaotisch verlaufenden Brexit auf Wähler abschreckend wirken. Für Gauland, der in Reden sonst die Bundesrepublik gerne mit einer Diktatur gleichsetzt, klang das vergleichsweise gemäßigt. In einer hitzigen Debatte meldeten sich später Delegierte zu Wort, die fanden, die AfD dürfe nicht »feige« sein und müsse klare, scharfe Aussagen treffen. Schlussendlich einigte man sich aber darauf, die Formulierung »innerhalb einer Legislaturperiode« durch »in angemessener Zeit« zu ersetzen – so dass die AfD nach 2024 nicht zwangsläufig den »Dexit« fordert. Zudem solle es eine Volksabstimmung geben.

Zündstoff enthielt aber auch ein Änderungsantrag, der forderte, das Europaparlament ersatzlos abzuschaffen. Eigentlich waren Bundesprogrammkommission und Bundesvorstand dafür, statt dem Europaparlament eine maximal 100-köpfige Europäische Versammlung ohne Rechtsetzungskompetenz einzusetzen. Doch Ex-Bundesvorstandsmitglied Julian Flak fand, es brauche keine

»Ersatzinstitution« – und setzte damit durch, die Abschaffung des Europa-Parlaments ins Programm zu schreiben.

Damit liefert die AfD den anderen Parteien im Europawahlkampf eine Steilvorlage. Der Grünen-Politiker Sven Giegold hatte bereits im Vorfeld kritisiert, dass es ein Widerspruch sei, wenn die AfD einerseits die EU als undemokratisch verurteile, andererseits aber die einzig direkt gewählte Institution der Europäischen Union abschaffen wolle.

Es war der zweite Parteitag, den die AfD zur Europawahl abhielt. Beim ersten Termin im November in Magdeburg schaffte sie es nur, 13 Listenplätze zu besetzen. Dass es in Riesa zunächst ebenfalls schleppend voranging, lag daran, dass sich selbst chancenlose Kandidaten noch einmal vorstellten. Parteichef Meuthen nannte sie »Glücksritter«. Zum Leidwesen des Bundesvorstands bescherten sie der AfD auch finanzielle Schwierigkeiten. Der Parteitag in Magdeburg hatte bereits eine halbe Million Euro verschlungen. Wie die Parteispitze errechnete, kostete so jeder Bewerber, so chancenlos er auch gewesen sein mag, 3500 Euro. Dieses Geld fehlt nun im Europawahlkampf. Mit der gewählten Liste zeigte sich Meuthen zufrieden. Durchsetzen konnte sich Riesa etwa der Berliner Thorsten Weiß, der dem völkischen »Flügel« zugerechnet wird. Die nächste Herausforderung für die AfD wird sein, festzumachen, mit welchen europäischen Rechtspopulisten sie im Europaparlament in eine Fraktion gehen will.

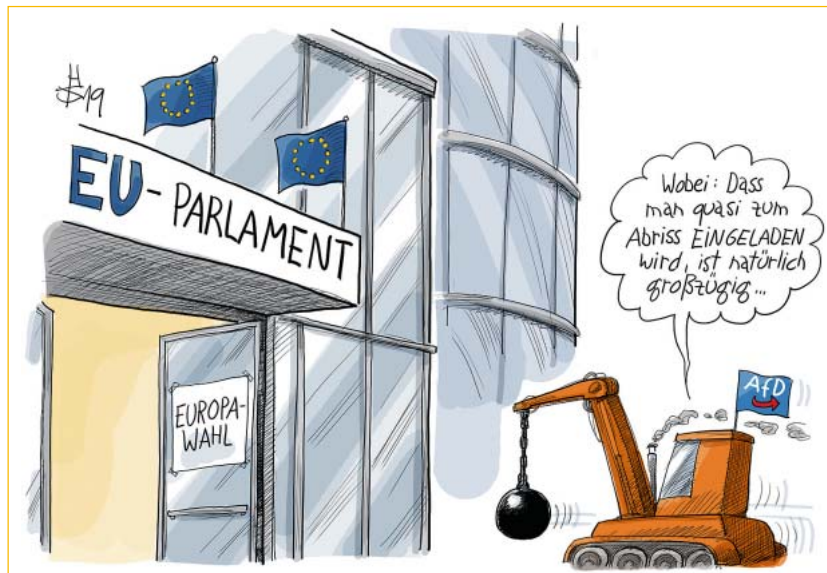
© www.tagesspiegel.de/politik/parteitag-in-riesa-afd-will-europaparlament-ersatzlos-abschaffen/23860618.html

M 8 Claus Leggewie: »Nebenwahlen? Hauptsache! Europa vor einer Richtungsentscheidung – Essay«, Aus Politik und Zeitgeschichte, 04/05–2019

(...) Die Linke ist uneinig, die alte wie neue Mitte ohne Durchschlagskraft – es ist nicht überraschend, dass die radikale Rechte nach Erfolgen auf nationaler Ebene nun auch auf europäischer Ebene Morgenluft wittert. Derzeit ist sie (noch) in drei Fraktionen gespalten: Europäische Konservative und Reformen (EKR), Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) und Europa der Nationen und der Freiheit (ENF). (...)

Die extreme Rechte darf nicht überbewertet, sollte aber auch nicht unterschätzt werden. Ihr Trumpf ist die überall virulent gewordene Migrations- und Sicherheitsthematik. Damit hat sie den scheinbaren Gegensatz von »Volk« und »Establishment« zur menschenfeindlichen Unterscheidung zwischen Eigenem und Fremdem, Einheimischen und Einwanderern, Christen und Muslimen, Freund und Feind radikalisiert. Dieser völkisch-autoritäre, zum Teil an faschistische und »konservativ-revolutionäre« Ideologeme der Zwischenkriegszeit anschließende Nationalismus bildet bei allen bleibenden Rivalitäten, inneren Widersprüchen und Eitelkeiten der Nationalisten eine gesamteuropäische Bewegung, die sich zum Aufstand gegen die Erweiterung und Vertiefung der EU verbunden hat.

Das heißt aber auch: Ohne »Brüssel« wären die Nationalisten nur halb so stark. Diese Chiffre des Unmuts bündelt sämtliche Anlässe von Unzufriedenheit wie in einem Brennglas: die Kritik an der Volksferne von Politik und an bürokratischen Auswüchsen, die bereits alte, seit 2015 panisch gewordene Angst vor »unkontrollierter Masseneinwanderung«, die Sorge vor Kriminalität und das Gefühl der Perspektivlosigkeit in »abgehängten« Regionen. Die extreme Rechte profitiert von einer generalisierten Misere



M 9 »Die Angreifbarkeit der Demokratie«

© Heiko Sakurai, 15.1.2019

und Missstimmung, ohne im Mindesten Abhilfe bieten zu können. Die EU, die bei objektiver Betrachtung durchweg für mehr Wohlstand und Freizügigkeit gesorgt hat, wurde bei denen, die sich vom einen ausgeschlossen und vom anderen überfordert fühlen, zum allseits probaten Sündenbock. Die Rechte versammelt auch die »Globalisierungsverlierer«, die eigentlich die radikale Linke mobilisieren wollte. Sie fordern – der US-Präsident Donald Trump mit seinem Dauerwahlkampf ist hier das Vorbild – die segmentäre Abschottung gegen die funktionale Arbeitsteilung der Weltwirtschaft und die globale populäre Kultur. Die schon seit den 1970er Jahren zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und die Zunahme prekärer Arbeitsmarktlagen, die im 19. und 20. Jahrhundert in soziale Klassenkämpfe gemündet wären, werden (wie übrigens in der faschistischen Ära) mit Fremdenfeindlichkeit beantwortet. (...) Eine Vertiefung der EU hat namentlich Emmanuel Macron in Frankreich couragiert vertreten und damit 2017 noch einen beeindruckenden Wahlsieg gegen Marine LePen errungen. Als Präsident hat er ein ehrgeiziges Reformprojekt vorgelegt; gegen linke wie rechte Souveränisten und Identitäre verteidigte er die offene Gesellschaft im supranationalen Rahmen – die von ihm erhoffte europäische Kooperation ist bekanntlich von Berlin und der Mehrheit der EU-Länder abgeblockt worden. (...) Die Europäisierung von Macrons Sammlungsbewegung La République en Marche stagniert und ist durch die »Gelbwesten«-Bewegung unter Druck geraten. (...)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament verdienen eine hohe Wahlbeteiligung und eine seriöse Debatte. Im Wahlkampf kann sich eine transnationale Öffentlichkeit Problemen und Chancen widmen, die die europäische Gesellschaft als Ganzes tangieren und die allein nationalstaatlich nicht mehr gelöst und bearbeitet werden können. Alternative Programme der Vertiefung wie des Rückbaus liegen vor, die Fronten sind klar. Vor allem aber gilt es, die Risiken eines neuen Ethnonationalismus zu erkennen, der die Alte Welt zweimal in die Katastrophe geführt hat und heute vor allem auf Kosten der Jüngeren gehen wird. Deshalb muss die EU vor allem den nach 1990 geborenen Generationen eine zeitgemäße Erzählung bieten und sie davon überzeugen, dass grenzüberschreitende Probleme mit einer weltoffenen Haltung und im supranationalen Rahmen besser zu lösen sind als mit dem Rückzug in die Wagenburg. Die Europawahl ist keine Nebenwahl. Sie ist Hauptsache.

© www.bpb.de/apuz/238966/nebenwahlen-hauptsache-europa-vor-einer-richtungsentscheidung?p=all